

BERLIN – INTERN

DER INFOBRIEF

Landesgruppe Brandenburg
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder:

Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender)
Jens Koeppen, MdB (Stellvertretender Vorsitzender)
Uwe Feiler, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB
Martin Patzelt, MdB
Jana Schimke, MdB
Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB
Sebastian Steineke, MdB
Dr. Dietlind Tiemann, MdB

Nr. 8 / 2019 (01. März 2019)

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorwort des Vorsitzenden
2. Der Arbeitsmarkt im Februar 2019
3. Mehr Fairness am Arbeitsmarkt
4. Hilfe für junge Wohnungs- und Obdachlose
5. Was ändert sich am 1. März in Deutschland?
6. Kurz notiert

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

unsere Bürger und Bürgerinnen haben ein Recht auf Sicherheit. Ein starker Staat, der genau das garantiert, ist daher Kernanliegen der Unionsfraktion. Der deutsche Rechtsstaat darf Verbrechen nicht dulden. Er muss seinen Bürgern konsequent zur Durchsetzung ihrer Rechte verhelfen. Dazu dient der Pakt für den Rechtsstaat. Vor allem in den sozialen Netzwerken stellen Populisten und Demagogen den deutschen Rechtsstaat jedoch als schwach und inkonsequent dar. Die Unionsfraktion informiert die Bürger deshalb in einer Kampagne über die parlamentarischen Schritte zur Stärkung des Rechtsstaats. Die Kampagne #StarkerStaat konzentriert sich auf fünf Themenschwerpunkte und ist auf fünf Wochen angelegt. Sie startet am 11.03.2019 und endet am 14.04.2019. Die Kampagne konzentriert sich auf soziale Medien (Facebook, Instagram, Twitter), wird aber mit Blick auf die klassischen Medien von der Presseabteilung begleitet.

Ihr



Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Der Arbeitsmarkt im Februar 2019

Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bleibt auf Wachstumskurs, und die Nachfrage der Betriebe nach neuen Mitarbeitern auf einem sehr hohen Niveau. Der Arbeitsmarkt bleibt damit robust gegenüber der konjunkturellen Abschwächung.

Arbeitslosenzahl im Februar:

-33.000 auf 2.373.000

Arbeitslosenzahl im Vorjahresvergleich:

-173.000

Arbeitslosenquote gegenüber Vormonat:

unverändert bei 5,3 Prozent

Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Erwerbslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist von Januar auf Februar um 33.000 auf 2.373.000 gesunken. Bereinigt um die saisonalen Einflüsse wird für den Februar ein Rückgang um 21.000 im Vergleich zum Vormonat errechnet. Gegenüber dem Vorjahr waren 173.000 weniger Menschen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote lag wie im Januar bei 5,3 Prozent. Im Vergleich zum Februar des vorigen Jahres hat sie sich um 0,4 Prozentpunkte verringert. Die nach dem ILO-Erwerbskonzept vom Statistischen Bundesamt ermittelte Erwerbslosenquote belief sich im Januar auf 3,4 Prozent.

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit berücksichtigt, ist saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 12.000 gesunken. Insgesamt lag die Unterbeschäftigung im Februar 2019 bei 3.314.000 Personen. Das waren 199.000 weniger als vor einem Jahr.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind weiter gestiegen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat sich die Zahl der Erwerbstätigen (nach dem Inlandskonzept) im Januar saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 79.000 erhöht. Mit 44,79 Millionen Personen fiel sie im Vergleich zum Vorjahr um 477.000 höher aus. Das Plus beruht weit überwiegend auf dem Zuwachs bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Diese ist im Vergleich zum Vorjahr um 708.000 gestiegen. Insgesamt waren im Dezember nach hochgerechneten Angaben der BA 33,32 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Saisonbereinigt ergibt sich von November auf Dezember ein Anstieg um 76.000.

Arbeitskräftenachfrage

Der Personalbedarf bleibt zum Jahresbeginn anhaltend hoch. Im Februar waren 784.000 Arbeitsstellen bei der BA gemeldet, 20.000 mehr als vor einem Jahr. Saisonbereinigt hat sich der Bestand der bei der BA gemeldeten Arbeitsstellen leicht um 1.000 Stellen erhöht. Der Stellenindex der BA (BA-X) – ein Indikator für die Nachfrage nach Arbeitskräften in Deutschland – blieb im Februar 2019 unverändert bei 255 Punkten. Er liegt damit 3 Punkte über dem Vorjahreswert.

Geldleistungen

837.000 Personen erhielten im Februar 2019 Arbeitslosengeld, 6.000 mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) lag im Februar bei 4.014.000. Gegenüber Februar 2018 war dies ein Rückgang von 249.000 Personen. 7,4 Prozent der in Deutschland lebenden Personen im erwerbsfähigen Alter waren damit hilfebedürftig.

Ausbildungsmarkt

Von Oktober 2018 bis Februar 2019 meldeten sich bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern 356.000 Bewerber für eine Ausbildungsstelle. Das waren 7.000 weniger als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig waren 447.000 Ausbildungsstellen gemeldet, 18.000 mehr als vor einem Jahr. Der Ausbildungsmarkt ist im Februar aber noch sehr stark in Bewegung. Deshalb ist es für eine fundierte Bewertung zu früh.

3. Mehr Fairness am Arbeitsmarkt

Die Bundesregierung geht konsequent gegen Sozialleistungsbetrug und illegale Beschäftigung vor. Mit einem neuen Gesetz erhält der Zoll mehr Befugnisse und kann künftig besser für Ordnung und Fairness auf dem Arbeitsmarkt sorgen. Das schützt die ehrlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Durch Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung gehen dem Fiskus jedes Jahr erhebliche Steuereinnahmen und Sozialabgaben verloren. Um gegen Missbrauch und Betrug wirksamer vorgehen zu können, hat die Bundesregierung das Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmisbrauch auf den Weg gebracht. Es sieht vor allem die weitere Stärkung des Zolls vor, auf die sich die Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag verständigt haben.

Zoll stellt mehr Mitarbeiter ein

Überall dort, wo ihre Arbeit bisher an Grenzen stößt, erhält die Finanzkontrolle Schwarzarbeit künftig umfassende Prüf- und Ermittlungsmöglichkeiten. Der Zoll wird dazu in den nächsten Jahren deutlich mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen.

Neue Kompetenzen erhält der Zoll in folgenden Bereichen:

- bei unberechtigtem Sozialleistungsbezug, also Scheinarbeit oder vorgetäuschter selbstständiger Beschäftigung
- bei der Bekämpfung von Kindergeldmissbrauch - hier werden insbesondere die Familienkassen künftig stärker unterstützt
- bei Anbahnung illegaler Beschäftigung auf Tagelöhnerbörsen
- bei Arbeitsausbeutung und damit verbundenem Menschenhandel
- beim Anbieten von Schwarzarbeit (Print und Online-Plattformen)
- bei der missbräuchlichen Bereitstellung von Unterkünften zum Beispiel in "Schrottimmobilien".

4. Hilfe für junge Wohnungs- und Obdachlose

Mit der Website "Sofahopper.de 2.0" soll jungen Menschen, die in verdeckter Obdachlosigkeit leben und von "Sofa zu Sofa" ziehen, geholfen werden. Streetworkerinnen und Streetworker unterstützen dabei, eine Unterkunft zu finden und eine Perspektive zu entwickeln.

Jungen Wohnungs- oder Obdachlosen eine Perspektive geben - das ist das Ziel der neuen Website "Sofahopper.de 2.0". Die Hilfsorganisation für Straßenkinder in Deutschland Off Road Kids bietet damit ein bundesweit verfügbares Angebot für junge Menschen ohne feste Bleibe an. Das Angebot richtet sich an junge Menschen, die sich als "Sofa-Hopper" durchschlagen. "Sofa-Hopper" haben kein eigenes Zuhause und schlafen bei Freunden oder Bekannten. Zumeist leben sie sozial entkoppelt, haben keinen Kontakt zu ihrer Familie, gehen nicht zur Schule oder einer Ausbildung nach. Die Website sofahopper.de ist mobil nutzbar. Über eine datensichere Chat-Funktion können die Nutzerinnen und Nutzer direkten Kontakt zu den Streetworkerinnen und Streetworkern von Off Road Kids aufnehmen - auch anonym. Diese unterstützen bei der Suche nach Unterkünften, helfen beim Umgang mit Behörden und juristischen Fragen. Ziel ist es, gemeinsam mit den von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffenen Jugendlichen eine Zukunftsperspektive zu entwickeln. Individuell beraten wird per Video-Chat, am gebührenfreien Kontakttelefon und bei entsprechender örtlicher Nähe auch direkt in den Streetwork-Stationen.

Wohnungslose Jugendliche in Deutschland

Etwa 37.000 junge Menschen unter 27 Jahre sind in Deutschland von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen. Der Großteil von ihnen ist volljährig, etwa ein Fünftel ist minderjährig. Unter 14-Jährige stellen die Ausnahme dar. Ein Drittel der betroffenen Jugendlichen lebt ausschließlich auf der Straße und ist damit obdachlos. Das geht aus einer Erhebung hervor, die das Deutsche Jugendinstitut (DJI) 2017 veröffentlicht hat.

5. Was ändert sich am 1. März in Deutschland?

Mütterrente steigt nach Gesetzesänderung ab 1. März

Der 1. März 2019 ist ein wichtiges Datum für Mütter mit Kindern, die vor 1992 geboren wurden. Deren Erziehungszeiten werden bei der Rente stärker angerechnet. Es gibt einen halben Rentenpunkt mehr pro Kind. In Zahlen umgerechnet: Pro Kind, das vor 1992 geboren ist, erhalten Mütter im Westen dann 16,02 Euro, im Osten 15,35 Euro mehr pro Monat.

Für Bauarbeiter steigt ab März der Mindestlohn

Arbeitnehmer in der Baubranche bekommen ab 1. März mehr Geld - der Mindestlohn steigt nämlich in dieser Branche.

- Beschäftigte im Baugewerbe in Westdeutschland erhalten ab 1. März einen Mindestlohn von 12,20 Euro in der Lohngruppe 1 und 15,20 Euro in der Lohngruppe 2 angehören.
- Beschäftigte im Baugewerbe in Ostdeutschland erhalten einen einheitlichen Mindestlohn von 12,20 Euro. Eine Ausnahme ist hier Berlin, wo der Mindestlohn in der Lohngruppe 1 ab März 12,20 Euro und in der Lohngruppe 2 ab März 15,05 Euro beträgt.

Weltfrauentag wird gesetzlicher Feiertag in Berlin

Berlin bekommt im März 2019 einen neuen Feiertag, den Internationalen Frauentag. Berlin ist das einzige Bundesland, in dem der Weltfrauentag nun ein offizieller, gesetzlicher Feiertag ist. Eine entsprechende Gesetzesnovelle hatte das Berliner Abgeordnetenhaus Anfang des Jahres beschlossen.

Die Zeitumstellung 2019 im März

Noch keine Änderung gibt es 2019 bei der Zeitumstellung auf Sommerzeit. Am Sonntag, den 31. März, um 2 Uhr morgens werden die Uhren um eine Stunde auf 3 Uhr vorgestellt.

6. Kurz notiert

2018 mit 79,5 Milliarden Euro höchster Jahreswert seit 24 Jahren

Der saison-, arbeitstäglich- und preisbereinigte Auftragseingang im Bauhauptgewerbe war nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Dezember 2018 um 13,2 % höher als im Vormonat. Diese Entwicklung wurde in überdurchschnittlichem Maße von Großaufträgen beeinflusst. Im weniger schwankungsanfälligen Dreimonatsvergleich stieg das Volumen der saison-, arbeitstäglich- und preisbereinigten Auftragseingänge von Oktober bis Dezember 2018 gegenüber dem Zeitraum von Juli bis September 2018 um 11,3 %. Im Vorjahresvergleich war der arbeitstäglich- und preisbereinigte Auftragseingang im Bauhauptgewerbe im Dezember 2018 um 6,1 % höher. Im gesamten Jahr 2018 stieg er um 4,4 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe in Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen lagen im Dezember 2018 mit rund 7,3 Milliarden Euro nominal um 10,3 % höher als im Dezember des Vorjahres. Damit ist der höchste jemals gemessene Wert an Aufträgen in einem Dezember in Deutschland erreicht worden. Mit einem Plus von nominal +10,1 % gegenüber dem Vorjahr und einem Volumen von 79,5 Milliarden Euro erreichten die Auftragseingänge im Jahr 2018 den höchsten Jahreswert seit 24 Jahren (1994: 80,8 Milliarden Euro).

Jährliche Inflation im Euroraum auf 1,5% gestiegen

Die jährliche Inflation im Euroraum im Februar 2019 wird auf 1,5% geschätzt, gegenüber 1,4% im Januar. Dies geht aus einer von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, veröffentlichten Schnellschätzung hervor.

Im Hinblick auf die Hauptkomponenten der Inflation im Euroraum wird erwartet, dass Energie im Februar die höchste jährliche Rate aufweist (3,5%, gegenüber 2,7% im Januar), gefolgt von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (2,4%, gegenüber 1,8% im Januar), Dienstleistungen (1,3%, gegenüber 1,6% im Januar) und Industriegütern ohne Energie (0,3%, unverändert gegenüber Januar).

Redaktion : Thorsten Mattick, Landesgruppenreferent